

- Teilen
- Drucken
- Als PDF speichern

[Zurück zur Übersicht](#)
[Pressemitteilung](#)

B 10 - Rheinbrücke Maxau - Ertüchtigung mit hochfestem Beton - Regierungspräsidium Karlsruhe stellt aktuellen Stand des

20.03.2018

Die Berichterstattung der vergangenen Tage veranlasst das Regierungspräsidium Karlsruhe, den aktuellen Diskussionsstand zum Konzept zur Verkehrsabwicklung während der Ertüchtigungsmaßnahme der Rheinbrücke Maxau nochmals zu erläutern.

„Selbstverständlich ist uns bewusst, welche Herausforderung die Sanierung der Rheinbrücke darstellt – nicht nur in technischer Hinsicht, sondern auch in ganz besonderem Maße in Bezug auf die Verkehrssituation für die Pendlerinnen und Pendler. Gerade deshalb haben wir sehr frühzeitig mit vorbereitender Kommunikation begonnen“, betont Regierungspräsidentin Nicolette Kressl.

Neben einer Vielzahl von bilateralen Besprechungen mit Betroffenen und Behörden sind zwei wesentliche Elemente der Öffentlichkeitsbeteiligung die am 7. Februar erfolgte Einrichtung eines Projektbegleitkreises (PBK) unter der Federführung des Regierungspräsidiums sowie die am 21. Februar in Maximiliansau durchgeführte öffentliche Informationsveranstaltung, die mit über 300 BesucherInnen sehr gut angenommen wurde. Der PBK dient der kontinuierlichen und einheitlichen Information, aber insbesondere ist er Diskussionsplattform für Anregungen und Bedenken. Er setzt sich aus Abgeordneten, Vertretern der direkt betroffenen Kommunen und der zuständigen Behörden, den Trägern öffentlicher Belange sowie weiteren Multiplikatoren aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zusammen. Zu den Sitzungen des PBK lädt das Regierungspräsidium regelmäßig ein, nächster Termin wird im Frühsommer sein. Hier sollen dann auch Anregungen diskutiert werden, den Verkehr zeitlich zu entzerren.

Insbesondere in der Informationsveranstaltung wurden die Eckpfeiler des Gesamtverkehrskonzeptes während der Baumaßnahme dargestellt. Im Einzelnen sind dies:

1. Sicherheitskonzept für den Umgang mit Unfallszenarien und deren Abwicklung

Mit den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg wird ein umfassendes Sicherheitskonzept ausgearbeitet, um für den Fall eines, hoffentlich nicht eintretenden, größeren Unfalls im Bereich der Baustellenverkehrsführung vorbereitet zu sein.

Zum Sicherheitskonzept haben zuletzt Anfang März zwei Termine mit allen zuständigen Behörden stattgefunden. Das Konzept wird die Überwachung der gesamten Baustellenverkehrsführung durch Verkehrskameras umfassen, deren Bilder direkt von den BOS eingesehen werden können. Es sieht zudem die Installation von Lichtsignalanlagen vor, um die schnelle Zufahrt der BOS zu gewährleisten. Ferner wird eine transportable Schutzeinrichtung, die die gegenläufigen Fahrstreifen trennt, Notöffnungen haben, um im Havariefall den Verkehr abwickeln zu können. Die Einrichtung von sogenannten Nothaltepunkten soll die verkehrlichen Auswirkungen kleinerer Unfälle, wie zum Beispiel Blechschäden, begrenzen, indem die vorhandenen Fahrstreifen schnell geräumt werden und die Abarbeitung des Unfalls außerhalb der Baustellenverkehrsführung erfolgen kann.

Im Rahmen der Baustellenabwicklung wird es regelmäßige Besprechungen aller verantwortlichen Behörden bezüglich der Verkehrsführung und des Sicherheitskonzeptes geben, um gegebenenfalls notwendige Anpassungen vorzunehmen.

2. Hinweis- und Beschilderungskonzept zur Lenkung des weiträumigen Verkehrs

Das in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM), allen zuständigen Verkehrsbehörden sowie der Polizei ausgearbeitete Konzept wird es den Verkehrsteilnehmer bereits im weiteren Umfeld der Rheinbrücke ermöglichen, die dort vorhandene Staugefahr zu erkennen und zu umfahren. Hierzu ist beabsichtigt, entsprechende Hinweise bereits an den wesentlichen Knotenpunkten der A 5, der L 75, der B 35 und B 36 bei Baden-Baden und bei Bruchsal sowie auf Seiten von Rheinland-Pfalz ab dem Autobahnkreuz Mutterstadt an der A 65 und B 9 auszuschildern.

Das Konzept wurde bereits im PBK und in der Informationsveranstaltung vorgestellt. Zudem wird durch die Verkehrsbehörden derzeit geprüft, ob ein dauerhaftes oder temporäres Fahrverbot für den Transitschwerverkehr auf der B 10 Rheinbrücke Maxau zielführend und rechtlich möglich ist. Ferner werden die Pendler über die großen Arbeitgeber gebeten, während der Bauzeit Fahrgemeinschaften einzurichten.

3. Nahverkehrskonzept zur Stärkung des SPNV durch zusätzliches Angebot

Die Ausarbeitung eines Verkehrskonzeptes für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) mit entsprechenden Kapazitätserweiterungen erfolgte bereits und wurde ebenfalls im Rahmen der Bürgerinformation vorgestellt. Dieses Konzept wurde auch vor kurzem zusammen mit Landrat Dr. Brechtel und dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr (ZSPNV) Rheinland-Pfalz im Verkehrsministerium Baden-Württemberg besprochen. Derzeit wird analysiert, wo erforderliche P+R-Plätze bereitgestellt werden können.

4. Umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit über Änderungen von Bauphasen und Information über aktuelle Verkehrszustände

Wichtigstes Element hierfür wird neben den klassischen Medien die Homepage des Regierungspräsidiums sein, auf der alle wichtigen Informationen zu entnehmen sein werden – abrufbar über einen zentralen Link, der bereits Hinweise zur aktuellen Verkehrssituation geben wird. Auf der Homepage sollen auch die Fahrpläne des ÖPNV verlinkt und über bevorstehende Änderungen der Verkehrsführung oder über Vollsperrungstermine informiert werden. Hierzu gehört unter anderem die Installation von Webcams im Bereich der Rheinbrücke, um so aktuelle Bilder vom Verkehrsgeschehen und zur Stausituation zur Verfügung stellen zu können. Auch Informationsflyer und die Entwicklung einer App gehören zu diesem Konzept.

„Durch die geplante Sanierungs- und Verstärkungsmaßnahme wird diese für die gesamte Region wichtige Verkehrsverbindung für weitere Jahrzehnte sichergestellt werden können. Wir sind uns unserer Verantwortung für die Durchführung dieses komplexen Projektes bewusst und haben die von uns koordinier- und steuerbaren Maßnahmen bereits weitestgehend aufgesetzt. Was es jetzt aber braucht, ist eine konstruktive und vor allem informierende Begleitung durch Multiplikatoren“, erklärte Nicolette Kressl.

Eine erste Hürde zur termingerechten Abwicklung der Baumaßnahme konnte gestern (Montag, 19. März) mit dem Abschluss des europaweiten Vergabeverfahrens genommen werden. Der Auftrag in Höhe von rund elf Millionen Euro wurde an eine deutsch-niederländische Arbeitsgemeinschaft vergeben.

Bezüglich der zeitweise parallel laufenden Sanierung der Rheinbrücke bei Speyer sieht das Regierungspräsidium keine größeren Probleme in Bezug auf die bei der Ertüchtigung der Karlsruher Rheinbrücke vorgesehenen Verkehrsführungen, da die Rheinbrücke bei Germersheim keine Umleitungsstrecke für die Maßnahme an der Salierbrücke sein wird.

Weitere Informationen zum Vorhaben Rheinbrücke Maxau sind im Beteiligungsportal des Regierungspräsidiums unter

www.rp-karlsruhe.de Beteiligungsportal Aktuelle Baumaßnahmen „B 10, Rheinbrücke Maxau, Ertüchtigung der
Fahrbahnplatte mit hochfestem Beton“

zu finden.

Kategorie:

Pressemitteilung Pressemitteilung Pressemitteilung